

Interview Tobias Schulze

taz am wochenende: Herr Lurz, was glauben Sie, wird die Ampel die Welt friedlicher machen?

Alexander Lurz: Gute Frage. Wenn man sich die Wahlprogramme der Parteien anschaut, ist viel Positives drin. Alles in allem lässt sich das aber nicht als „friedlich“ zusammenfassen. Und ich muss auch sagen, dass die FDP in manchen Bereichen nicht einfach ist.

Der FDP stehen SPD und Grüne in der Außenpolitik zumindest näher als der CDU/CSU.

Trotzdem ist die FDP noch sehr nahe an der Union. Beide Parteien unterstützen beispielsweise das 2-Prozent-Ziel der Nato, also die Vorgabe, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben. Das lehnen Grüne und SPD zumindest auf dem Papier ab.

Bleiben wir direkt beim Geld: Auf welchen Kompromiss könnte es Ihrer Meinung nach bei den Militärausgaben rauslaufen?

Erst mal stellt sich die Frage, warum man auf Wunsch eines „hirntoten“ Bündnisses, um den französischen Präsidenten zu zitieren, weitere rund 20 Milliarden investieren soll. Deutschland hat heute ohnehin bereits den weltweit siebtgrößten Militärhaushalt. Ich vermute, dass wir einen Formelkompromiss im Koalitionsvertrag haben werden. Man wird sich nicht dafür entscheiden, das Zweiprozent-Ziel vom Tisch zu nehmen, sondern eher etwas Weiches formulieren

„In jedem Krieg findet man deutsche Rüstungsgüter“

SPD, Grüne und FDP verhandeln derzeit auch über die Zukunft der deutschen Verteidigungspolitik. Es braucht ein Gesetz für Waffenexporte, sagt Alexander Lurz, Friedensexperter von Greenpeace

Tornados der deutschen Luftwaffe. Bleiben sie noch länger in der Luft als geplant? Foto: Bernd Arnold/Visum

Osteuropa schaut auf Berlin

Wie positioniert sich die neue deutsche Regierung in der Außen- und Verteidigungspolitik? Das wird auch in den baltischen Staaten, in Polen und in Tschechien aufmerksam beobachtet

Aus Warschau und Prag **Gabriele Lesser** und **Alexandra Mostyn**

In Estland, Lettland und Litauen werden die Verhandlungen zur Ampelkoalition mit großer Hoffnung, aber auch Sorge verfolgt. Wird Deutschlands neue Außenpolitik es schaffen, die EU und die Nato zusammenzuhalten und Ausreißer wie Polen zurück in die EU-Rechtsgemeinschaft zu holen? Sicherheitspolitisch kann es nichts Schlimmeres für diese kleinen Staaten geben, als sich plötzlich eingeklemmt zu sehen zwischen den unberechenbaren Nachbarn Belarus und Russland im Osten und einem ebenfalls unberechenbaren Polen im Südwesten. Immerhin sieht Polens Premier einen von der EU angeführten Dritten Weltkrieg heraufziehen, gegen den sich Polen verteidigen müsste.

Schon heute werden die baltischen Republiken immer wieder Opfer von Cyberangriffen, deren Spuren nach Russland und China weisen. Auch die Verletzung der Lufthoheit Litauens, Lettlands und Estlands durch russische Kampfflieger gehört zum Alltag und sorgt für höchste Wachsamkeit. Doch wie schwach die EU und die Nato tatsächlich sind, zeigt die völlig

verfahrenen Migrationspolitik, die in der Auseinandersetzung mit Belarus weder eine Lösung noch einen wirk samen Schutz anzubieten hat.

Polen, Litauen und Lettland ziehen an ihrer Grenze zu Belarus Stacheldrahtzäune hoch. Anders glauben sie dem hybriden Krieg, den der selbsternannte Präsident Alexander Lukaschenko seit einigen Monaten gegen die EU führt, nicht standhalten zu können. Jeden Tag versuchen über die belarussische Hauptstadt Minsk Tausende Flüchtlinge aus dem Irak und Iran, aus Afghanistan und anderen Krisengebieten der Welt in die Europäische Union zu kommen.

Ziel Lukaschenkos ist die Destabilisierung der EU. Er will Brüssel dazu zwingen, die gegen ihn und ganz Belarus verhängten Sanktionen wieder aufzuheben. Unmittelbar Leidtragend sind die direkten Nachbarländer Polen, Litauen und Lettland sowie die belarussischen Oppositionellen, die diese Länder bislang aufgenommen und vor Gefängnis und Verfolgung gerettet haben.

„Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“, sagte 2011 der damalige Außenminister Polens Radosław Sikorski in Ber-

lin. Als wichtigste europäische Wirtschaftsmacht sei die Bundesrepublik in der Pflicht, eine Führungsrolle bei den notwendigen Reformen in Europa zu übernehmen, so Sikorski damals. Viele Osteuropäer in der EU denken bis heute so wie er. Doch die jetzt in Polen Regierenden würden dies weit von sich weisen. Sie bringen sich lieber als Erben der amerikanischen Atom-

In Prag sprechen viele schon lange von einem hybriden Krieg, den der Kreml in Tschechien führt

sprengköpfe ins Spiel, die einige Ampelpolitiker gerne aus Deutschland entfernen wollen.

Von den Sorgen, die die Staaten an den Aufsgrenzen der EU plagten, ist man in Tschechien etwas weiter entfernt. Doch auch in Prag sprechen viele schon lange von einem hybriden Krieg, den der Kreml in ihren Augen in Tschechien führt. Jahr um Jahr melden sich die virtuellen Angriffe auf die staatli-

che Verwaltung, auf Krankenhäuser oder Energieversorger. Aber auch auf die private Wirtschaft. „Hinter 90 Prozent der Cyberangriffe steht ein fremder Staat, meist Russland oder China“, warnt das Nationale Amt für Cyber- und Informationssicherheit.

Konfliktstoff mit Russland gibt es genug: Wie auch seine Nachbarn im Nordosten hat sich Tschechien im Ukrainekrieg klar auf die Seite der Ukraine gestellt. Und als die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja in Juni dieses Jahres der Einladung des tschechischen Senators Milos Vystrčil nach Prag folgte, wurde sie dort als legitime Präsidentin Belaruslands empfangen.

Wie deutsche Untätigkeit aussiehen kann, vor der schon Polens Ex-Außenminister Sikorski warnte, durfte Tschechien dieses Frühjahr erfahren.

Da wurde bekannt, dass der russische Militärgeheimdienst 2014 einen Anschlag auf ein tschechisches Waffentreiberg verübt hatte, bei dem zwei Menschen starben. Man hätte sich schon etwas mehr Solidarität von Deutschland und der EU erhofft als reine Gesten, ärgern sich tschechische Diplomaten bis heute. Nicht wenige Kommentatoren hatten gehofft, der Anschlag würde für

Berlin die Gaspipeline Nord Stream 2 in Frage stellen, die russisches Gas nach Deutschland befördern soll.

In Prag bildet sich derzeit eine neue Regierung. Konkrete Erwartungen an eine Ampelkoalition ist bislang nicht. Allerdings zeichnet sich ab, wie sich Tschechien außenpolitisch positionieren wird. Der designierte Außenminister Jan Lipavský sieht sein Land verankert in Nato und EU. Er will auch die Nato-Vorgabe erfüllen, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben. Lipavský erklärte, er sei gegen Versuche, sich bei Russland und China einzuschmeicheln und im wirtschaftlichen Interesse grundlegende Werte der tschechischen Außenpolitik aufzugeben.

Anders als Polen stellt Tschechien die Bindung an Deutschland nicht infrage. Die neue Regierung werde „einen außenpolitischen Schulterschluss mit Deutschland sicherheitspolitischer Alleingänge anderer osteuropäischer Staaten vorziehen“, so der Journalist und Sicherheitsexperte Jaroslav Spurný. Egal, wie die Ampelverhandlungen ausgehen: Deutschland spielt als Partner Tschechiens eine Schlüsselrolle.

Die Geschichte der Bundesrepublik in Waffen

Zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gründete die BRD ihre Armee. Große Teile der Ausrüstung bezog die junge Bundeswehr aus dem Ausland, griff aber auch auf Waffen aus deutscher Produktion zurück – zum Beispiel auf das MG 42, das schon bei der Wehrmacht im Einsatz war.



Im Kalten Krieg entwickelte sich die Bundeswehr zur größten westeuropäischen Armee. Für einen möglichen Landkrieg mit dem Warschauer Pakt standen ihr allein knapp 2.500 Kampfpanzer vom Typ Leopard 1 zur Verfügung. Vom Nachfolger Leopard 2 hat sie aktuell weniger als 300.



In den 1980ern modernisierte die USA ihr Atomwaffenarsenal und stationierten Pershing-II-Raketen in der BRD. Die Verlegung ging auf den Nato-Doppelbeschluss zurück, der Bundestag stimmte trotz großer Proteste zu. Heute sind keine Atomraketen mehr im Land, Atombomben zum Einsatz durch Kampfflugzeuge aber immer noch.



Nach dem Kalten Krieg verschob sich der Fokus von der Landesverteidigung hin zu Interventionen im Ausland. Die Beteiligung am Kosovo-Krieg stellte 1999 den ersten Kampfeinsatz ihrer Geschichte dar. Mit Tornado-Kampfjets griff die Luftwaffe auf Beschluss der rot-grünen Regierung Ziele in Jugoslawien an.

Der nächste Schritt könnte in der neuen Legislaturperiode die Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen vom Typ Heron TP sein – nach über zehn Jahren Debatte und Protesten. Die Verhinderung der neuen, ferngesteuerten Waffengeneration: mehr Schlagkraft, ohne eigene Soldat*innen einem Risiko auszusetzen.



wie: Man bewegt sich über die Jahre auf eine Ausstattung der Bundeswehr im Sinne des Nationalen Ziels zu.

Aus der FDP gibt es den Vorschlag eines 3-Prozent-Ziels – als Gesamtpaket für Militär, Entwicklung und Diplomatie. Wäre das ein guter Kompromiss?

Ich vermute, dass die FDP unter dem Deckmantel von 3 Prozent die Verteidigungsausgaben dann doch deutlich erhöhen will. Das wäre abzulehnen.

Auch, wenn gleichzeitig die anderen beiden Bereiche mehr bekommen?

Dafür müsste man erst mal die Finanzierungsfrage stellen. Darauf hat die FDP bislang überhaupt keine Antwort. Sie ist ja nicht bereit dazu, an anderer Stelle mehr Einnahmen zu erzeugen.

Auf welches Thema blicken Sie neben den Ausgaben besonders gespannt?

Bei den Rüstungsexporten braucht es eine Lösung. Wir haben seit Jahren eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wir haben eine lange Reihe von Skandalen erlebt, und es werden immer wieder neue aufgedeckt. In jedem Krieg, auf den wir schauen, findet man deutsche Rüstungsgüter. Diese Koalition hat die Chance, das Problem zu lösen. Der erste Schritt wäre, ein Rüstungsexportgesetz zu verabschieden. Es würde aber nicht reichen, nur das in Gesetzesform zu gießen, was wir jetzt schon haben. Es muss mit einer Verschärfung einhergehen, und das würde bedeuten, unter anderem die Waffenexporte in Drittländer komplett